



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Es informiert Sie:	Stefan Kohl
Telefon:	02104/99-1427
Fax:	
E-Mail:	stefan.kohl@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 28.08.2020

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs
Sitzungstermin Montag, den 17.08.2020, 15:00 Uhr
Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Norbert J. Stapper

Mitglieder

Shamail Arshad
Ina Besche-Krastl
Torsten Cleve
Monika Dinkelmann
Detlef Ehlert
Torsten Fuhrmann
Karl-Heinz Göbel
Harry Gohr
Matthias Gohr
Thomas Hoffmann
Volker Münchow
Reinhard Ockel
Rainer Schlottmann
Peter Thomas
Dietmar Weiß

(ab 15:15 Uhr)

Verwaltung

Marcel Beckmann
Stefan Kohl
Sigrid Leven
Dominik Odendahl
Fabian Reitzer
Karl-Heinz Reuter
Martin M. Richter
Christian Schölzel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2020
3. Informationen der Verwaltung
4. Sachstandsbericht zu aktuellen Angelegenheiten im ÖPNV 20/016/2020
 - Sondersituation Corona
 - Tarifliche Maßnahmen im VRR
 - Schienenersatzverkehr in Langenfeld durch Streckenausbau für den RRX
 - ÖPNV-Angebot in Wülfrath
 - ÖPNV-Workshop am 18.06.2020
5. Konzept zur Einrichtung von Mobilstationen im VRR 20/017/2020
6. Regionales Schnellbuskonzept im VRR 20/018/2020
7. Nachträge
- 7.1. Ausweitung von Mobilitätsrechten von Ticketabonnenten im VRR -Anfrage der Fraktion DIE LINKE v.12.08.2020 20/036/2020

Nicht öffentlicher Teil

8. Informationen der Verwaltung
9. Beteiligungsmanagement - Bericht über die Entwicklung der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH 20/028/2020
10. Beteiligungsmanagement - Bericht über die Entwicklung der Regiobahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH 20/029/2020
11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Herr Dr. Stapper eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Herr Bosbach wird durch Frau Dinkelman, Frau Gräber durch Herrn Göbel, Herr Toska von Frau Besche-Krastl und Herr Welp von Herrn Münchow vertreten. Herr Switalski ist als Vorsitzender eines parallel laufenden Ausschusses abwesend. Herr Torsten Fuhrmann wird als Vertreter der UWG-ME im Gremium begrüßt und durch den Vorsitzenden verpflichtet. Als Gäste sind Herr Odendahl und Herr Reuter (Amt 61) anwesend. Da keine Anträge gestellt werden, wird die Tagesordnung festgestellt. Im Anschluss wird Frau Leven durch Herrn Richter aus dem Gremium verabschiedet. Der Vorsitzende und die Ausschussmitglieder danken Frau Leven für Ihren langjährigen Einsatz zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Mettmann.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2020

Die Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2020 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Organisatorische Änderung im Bereich Nahverkehrsplanung und Finanzierungsangelegenheiten:

Herr Richter beschreibt die zunehmende Vielfalt der Mobilitätsthemen mit Bezug zum ÖPNV/SPNV und die damit verbundene gesamtheitliche Betrachtung kommunaler Planungen sowie der Nahverkehrsplanung. Die Nahverkehrsplanung für den Kreis wird daher zukünftig im Aufgabenbereich des Planungsamtes - Amt 61 angesiedelt. Damit kann die Arbeit in den Projekten „RegioNetzWerk“ und „Zwischen Rhein und Wupper: zusammen - wachsen“ leichter vorangetrieben werden. Herr Beckmann wird künftig ins Amt 61 wechseln, dort die Stabsstelle Mobilität leiten und eng mit Herrn Odendahl, der als Mobilitätsmanager eingestellt wurde, zusammenarbeiten.

Die ebenso umfangreichen Finanzierungsangelegenheiten verbleiben in der Kämmerei. Im Anschluss stellen sich Herr Odendahl und Herr Reuter, der ebenfalls mit Mobilitätsthemen befasst ist, den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Sachstand Ratinger Weststrecke

Herr Richter trägt den aktuellen Sachstand zur Ratinger Weststrecke vor. Die Anrainerkommunen (Kreis Mettmann, Städte Ratingen, Düsseldorf und Duisburg) haben vor der Sommerpause die notwendigen Beschlüsse (Kreistag am 22.06.2020, Vorlagen-Nr. 20/006/2020) zur Fortführung des Projektes „Ratinger Weststrecke“ herbeigeführt.

Damit wurde die Grundlage zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Kommunen und dem VRR zur weiteren Verfolgung des Vorhabens Ratinger Weststrecke gelegt. Der Vertrag soll die Finanzierung und Planungsleistungen der Leistungsphase (Lph) 1 bis 2 gem. HOAI sowie die Durchführung der standardisierten Bewertung umfassen.

Es ist weiterhin beabsichtigt, das Land für eine Förderung der Planungskosten zu gewinnen. Hierzu werden die Beteiligten die Rahmenbedingungen einer Förderung mit dem Land NRW besprechen.

Abwicklung des Schülerverkehrs infolge Corona

Herr Richter berichtet zunächst, dass das Land NRW hat zur Unterstützung des Infektionsschutzes im Schülerverkehr ein Förderprogramm avisiert. Es sollen 13,5 Mio. Euro für zusätz-

liche Fahrtenangebote für die zus. 43 Schultage bis zu den Herbstferien bereitgestellt werden. Die genauen Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme werden aktuell noch geprüft.

Im Anschluss trägt Herr Richter zu den getroffenen Maßnahmen des Kreises Mettmann zur Aufnahme der Schülerverkehre vor. Um zu Beginn des neuen Schuljahres den Anforderungen des Gesundheitsschutzes gerecht werden zu können, haben Land und kommunale Spitzenverbände im Juli 2020 die Städte und Kreise auf die Möglichkeit organisatorischer Maßnahmen zur Staffelung der Schulanfangszeiten nach Beendigung der Sommerferien vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie hingewiesen (schon die geltende Erlasslage ermöglicht es den Schulverwaltungsämtern Schulanfangszeiten zwischen 07:30 Uhr und 08:30 Uhr festzulegen). Dies sollte der Entzerrung der Schülerverkehre in Bussen und Bahnen dienen.

Bereits mit Bekanntgabe der Wiederaufnahme des Schulbetriebs nach den Sommerferien wurden die kreisangehörigen Städte proaktiv angeschrieben und gebeten, beabsichtigte Veränderungen der Schulanfangszeiten dem Kreis oder dem Verkehrsunternehmen mitzuteilen, um den ÖPNV-integrierten Schülerverkehr zielgerichtet darauf ausrichten zu können.

In der Woche vor Schulstart erfolgte eine erneute Abfrage bei den kreisangehörigen Städten/Schulträgern hinsichtlich des Umgangs der Schulen mit geänderten Schulanfangs-/endzeiten. Diese Informationen wurden an die Verkehrsunternehmen weitergeleitet.

Damit steuert der Kreis in enger Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen bestmöglich die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Fahrtenangebotes im Schülerverkehr.

Ab Schulbeginn wurden im Kreis Mettmann zusätzliche E-Wagen eingesetzt, die gezielt verschiedene Relationen und Linien verstärken. Sie werden wenige Minuten vor bereits bestehenden, stärker frequentierten Fahrten im Schülerverkehr eingesetzt und sollen auf den Haupttrouten für Entlastung sorgen.

Die Situation wurde von den Verkehrsunternehmen in den ersten Tagen nach Schulbeginn besonders engmaschig beobachtet, um bei konkreten Hinweisen auf Anpassungsbedarfe zeitnah reagieren zu können.

Nach einem Erfahrungsbericht (Stand 17.08.2020) der Rheinbahn über die Betriebslage im Schülerverkehr in den ersten Tagen nach Schulbeginn lagen keine Hinweise auf Problemlagen vor.

Bei WSW mobil begann der Schulstart ebenfalls ruhig und unauffällig,

Der Busverkehr Rheinland (BVR) prüft aktuell Beschwerden auf der Ortsbuslinie OV6 in Velbert. Hierzu wurde die Stadt Velbert/VGV bereits informiert.

Zu Punkt 4:	Sachstandsbericht zu aktuellen Angelegenheiten im ÖPNV <ul style="list-style-type: none">- Sondersituation Corona- Tarifliche Maßnahmen im VRR- Schienenersatzverkehr in Langenfeld durch Streckenausbau für den RRX- ÖPNV-Angebot in Wülfrath- ÖPNV-Workshop am 18.06.2020- Vorlage Nr. 20/016/2020
--------------------	--

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Auf Anfrage von Frau Besche-Krastel, ob die Mittel des Rettungsschirmes für den ÖPNV auch für Investitionen eingesetzt werden können, teilt Herr Richter seine Einschätzung mit, dass die durch Bund und Land avisierten finanziellen Mittel vermutlich nicht einmal für die corona-bedingten Schäden durch Einnahmeausfälle etc. im ÖPNV ausreichen werden. Auf die weitere Anfrage der o.g., ob es Planungen für den Herbst (zweite Welle) gibt, weitere Fahrzeuge im ÖPNV einzusetzen, wird durch Herrn Richter erläutert, dass die Situation aufgrund von Fahrer- und Fahrzeugmangel angespannt sei. Eine mögliche Einbindung der Ressourcen von Reisebusunternehmen sei zu prüfen.

Herr Münchow fragt in der Sitzung an, wie die Verkehrsunternehmen mit der Einhaltung der Hygienemaßnahmen in Bussen umgehen.

Die Rheinbahn berichtet hierauf wie folgt:

Seit Einführung der Mund-Nasen-Schutz Pflicht Ende April wurde zunächst sehr kulant mit Verweigerern umgegangen, d.h. es wurde zunächst auf geltende Regelungen hingewiesen und Masken an Fahrgäste verteilt. Diese Strategie wurde solange beibehalten, bis ein Nachlassen der Akzeptanz unter den Fahrgästen zu erkennen war.

Nicht zuletzt die Einführung des Bußgeldes von 150€ mit der neuen NRW Verordnung am 12.8.2020 hat zu einem Strategiewechsel geführt.

Daher werden Maskenverweigerer nun bei einem Verstoß (kein MNS oder MNS unter dem Kinn) sofort von der Beförderung ausgeschlossen und ein 150€ Bußgeld angedroht, das allerdings nur in Zusammenarbeit mit den Ordnungsämtern und nach entsprechender Personlienfeststellung umgesetzt werden kann.

Des Weiteren wurden/werden alle Mitarbeiter, die diese Aufgabe vor Ort übernehmen (Fahrpersonal, Fahrausweisprüfer sowie Sicherheits- und Servicekräfte), aufgefordert, die Polizei einzuschalten, sollten Fahrgästen nicht das Fahrzeug verlassen. Das Fahrpersonal wurde angewiesen, in diesem Fall solange stehen zu bleiben bis die Polizei vor Ort ist. Der Fahrer informiert die übrigen Fahrgäste im Fahrzeug.

Allerdings muss einschränkend hinzugefügt werden, dass das Fahrpersonal oftmals nicht erkennen kann, ob sich ein Verweigerer an Bord befindet.

Auf die geltenden Regeln wird durch Hinweis an jeder Einstiegstür, Regelmäßige Durchsagen in den Fahrzeugen, sowie auf der Internetseite der Rheinbahn hingewiesen.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden umfangreich beantwortet.

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Bericht der Verwaltung über aktuelle Angelegenheiten des ÖPNV im Kreis Mettmann zur Kenntnis.

Zu Punkt 5: Konzept zur Einrichtung von Mobilstationen im VRR - Vorlage Nr. 20/017/2020

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Beckmann beantwortet Fragen zum Stand des Verfahrens.

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Bericht der Verwaltung über das Konzept zur Einrichtung von Mobilstationen im VRR zur Kenntnis.

Zu Punkt 6: Regionales Schnellbuskonzept im VRR - Vorlage Nr. 20/018/2020

Nachdem der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt aufgerufen hat, erläutert Herr Richter den Stand des Verfahrens und informiert die Ausschussmitglieder über Problemstellungen, wie zum Beispiel die Frage der Finanzierung. Nach Einschätzung von Herrn Richter könnte eine Finanzierung ähnlich der SPNV-Umlage erfolgen, da eine Aufteilung der Kosten auf die durchfahrenen Gebietskörperschaften nicht ohne weiteres möglich sei, da diese nicht Besteller der Leistung wären.

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Bericht der Verwaltung über den Aufbau eines regionalen Schnellbusnetzes im VRR zur Kenntnis.

Zu Punkt 7: Nachträge

Neben dem nachfolgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE liegen keine weiteren Nachträge vor.

Zu Punkt 7.1: Ausweitung von Mobilitätsrechten von Ticketabonnenten im VRR - Anfrage der Fraktion DIE LINKE v.12.08.2020 - Vorlage Nr. 20/036/2020

Nachdem der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt aufgerufen hat und Herr Gohr die Intention des gestellten Antrages kurz erläutert hat, antwortet Herr Richter umfangreich. Er stellt dar, dass aufgrund der erheblichen coronabedingten Einnahmeausfälle und gleichzeitiger Initiierung von Rettungsschirmen für den ÖPNV durch Bund und Land zurzeit kein weiterer Einnahmeverzicht als Folge des Antrages in Betracht komme und ein Antrag in vorgenanntem Sinne in den Gremien des VRR nicht mehrheitsfähig sei.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende um 16:16 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil:

[...]

Ende der Sitzung: 16:19 Uhr

gez.
Dr. Norbert J. Stapper

gez.
Stefan Kohl